

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt**

**21-15608**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Droht eine Insolvenzelle?**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.03.2021

Beratungsfolge:

Wirtschaftsausschuss (zur Beantwortung)

13.04.2021

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Corona-Krise stellt Unternehmen vor nie dagewesene Herausforderungen. Um die Folgen für die Wirtschaft abzufedern, wurden von der Bundesregierung finanzielle Hilfen zugesagt und die Insolvenzantragspflicht bis Ende April 2021 ausgesetzt. Jedoch ist aktuell keine einheitliche Corona-Strategie erkennbar und die angespannte Lage für große Teile der Wirtschaft wird wahrscheinlich noch einige Zeit anhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie wird das Auslaufen der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für die Braunschweiger Wirtschaft beurteilt und in welchem Ausmaß ist mit Insolvenzen zu rechnen?
2. In welchem Umfang wurden betroffene Unternehmen auch mit weiteren Partnern (wie z.B. ortsansässigen Bankinstituten, Verbänden, Kammern etc.) beraten, um drohende Insolvenzen rechtzeitig abzuwenden?
3. Welche weiteren Möglichkeiten der (finanziellen) Unterstützung sieht oder erwägt die Verwaltung und in welcher Höhe müssten dafür finanzielle Mittel bereitgestellt werden?

**Anlagen: keine**